

Öffentliche Sitzung
des Haushaltsausschusses
am Mittwoch, den 10.11.2021
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 18:03 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Michael Schaumann

Gast

Herr Stadtrat Christian Krieg

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Tagesordnung

=====

- 1** Haushalts- und Finanzplanung 2022 - aktueller Stand
- 2** Bekanntgaben
- 2.1** Corona
- 3** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Haushalts- und Finanzplanung 2022 - aktueller Stand

Protokoll:

Herr Bantel präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron führt aus, das es zwei Begrenzungen für eine Kreditaufnahme gebe: Man habe die Schuldenobergrenze durch die Haushaltsverordnung. Es gehe nicht nur um die Finanzierung, sondern auch um die Umsetzung. Man müsse mit großer Haushaltsdisziplin planen, um den Weg der Stabilität zurückzufinden. Das NKHR sei transparenter, man könne keine Haushaltsreste vor sich herschieben. Man habe gestern mit den Ortschaftsräten begonnen und werde intern nun den Ergebnishaushalt besprechen. Er wünsche sich für Schwäbisch Gmünd auch so hohe Gewerbesteuererinnahmen wie die Stadt Mainz durch das Unternehmen Biontech nun verzeichne.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorstellung. Schwäbisch Gmünd sei reich an Engagement, reich an Natur, reich an Baustellen und leider nicht reich an Fachkräften, um es umzusetzen. Die Situation sei völlig fremdbestimmt. Es gebe viele Sanierungsnotwendigkeiten, die Daseinsvorsorge, das beherrzte Angehen der Verschuldung müsse man in Angriff nehmen. Man solle die öffentlichen Gebäude ähnlich wie bei den Schulen kategorisieren, damit man auch einen Plan habe. Es wäre hilfreich zu sehen, was man sich in den nächsten Jahren vornehme, um eine ausgewogene Sanierungsplanung zu machen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Thema mit den Hallen aufgegriffen habe, hier sei man an einer Konzeption dran, bei den städtischen Gebäuden sei man derzeit am Anfang. Man werde es benötigen, da man hier viel einsparen könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man bei den Gemeindehallen auch die Außensportstätten mitbetrachten müsse, dort habe man einen massiven Sanierungsstau. Man wolle eine Reihenfolge und objektive Kriterien festlegen, man suche sich ein externes Büro hierfür, an den Außenanlagen sei Amt 67 dran. Der bauliche Zustand bzw. die Verkehrssicherheit sei Merkmal 1. Merkmal 2 sei die energetische Sanierung und die damit verbundene CO₂- und auch Kostenersparnis. Merkmal 3 sei die Auslastung der Hallen, da man bei höher frequentierten Hallen einen größeren Bedarf sehe.

Stadtrat Barth/CDU bedankt sich ebenfalls. Man sei nochmal mit einem blauen Auge davongekommen. Man solle positiver in die Zukunft schauen. Wenn man das annähernd schaffe, dann ändere sich auch die Einnahmeseite bzw. wenn man auch die Kurzarbeit vermeiden könne, werde auch der Anteil an der Einkommenssteuer höher.

Man könne nur so viel ausgeben wie man einnehme. Wünsche gebe es viele, es müsse ein genaues Abwägen sein. Man benötige einen Zeitplan, dieser sei gut und auch wichtig. Eine der größten Investitionen sei das Feuerwehrhaus, man wünsche sich hier konkrete Pläne, es sei wichtig, dass man hier mitgenommen werde. Ansonsten hoffe man auf ein Wachstum der Wirtschaft und dass man auch in nächster Zeit unbeschadet durch Corona komme.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man die Zukunftsaufgaben in Angriff nehmen müsse. Wenn dafür die Entschuldung nicht so schnell vorangehe wie man es sich vorstelle, sei dies in Ordnung, man müsse sich über die Prioritäten unterhalten. Das NKHR helfe einen Blick dafür zu bekommen, was leistbar sei. Alle hätten immer gewusst, dass es aus personeller Sicht nicht umsetzbar sei, wenn man dann von Haushaltsklarheit spreche, sei dies schwierig. Es sei wichtig, dass man sich im Vorfeld austausche, was im Entwurf stehe. Man müsse realistisch vorgehen. Die aufgezeigten Investitionen seien richtig, diese könne man noch verfeinern, dann könne man auch optimistischer in die Zukunft schauen.

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand und der Vorgehensweise beim Thema Breitbandausbau.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es eine Konzeption gebe. Der Glasfaserausbau sei wichtig. Die Versorgung mit Ladepunkten müsse auch geklärt werden, es stelle sich die Frage, ob dies ein Geschäftsmodell werde oder ob dies nachher auch durch die Kommunen bezahlt werden müsste.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Bericht. Man stehe nun besser da als man im Sommer gedacht habe. Die Priorisierung liege nach wie vor in den Aufgaben im Pflichtbereich. Außerdem habe man ähnliche Themen, die letztes Jahr schon Thema gewesen seien, Breitbandausbau, Wirtschaftsförderung, Transformationsproblematik. Man müsse sich für die Zukunft gut aufstellen. Bei den einzelnen Investitionen sei ein Plan wie bei den Hallen sehr hilfreich. Sie erkundigt sich, wann die feuerwehrpolitischen Sprecher zum nächsten Mal tagen würden. Es sei notwendig, dass man weitermache. Das Projekt gehe über verschiedene Jahre und sei sehr umfangreich. Außerdem erkundigt sie sich nach der nächsten Sitzung des Transformationsrates. Vielfach sei man fremdbestimmt, die Handlungsspielräume seien begrenzt. Es dürfe keine Euphorie aufkommen, aber man habe nun einen freien Blick auf die Aufgaben, die auf die Stadt zukommen würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Feuerwehr bis zum Jahr 2027 Thema sei. Hierzu müsse man sich noch austauschen. Der Transformationsrat habe am 16.09.2021 getagt, die nächste Sitzung sei bereits geplant und dazwischen habe es auch eine Veranstaltung der IHK gegeben.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass der Gewerbesteueranteil schon einmal besser geschätzt worden und dann schlechter ausgefallen sei. Die Stadt habe aus finanziellen Gründen die Substanz in verschiedenen Gebäuden nicht stemmen können, in den letzten 20 Jahren habe man dies erheblich verbessert. Man habe sich nicht klargemacht, wo könne man abwarten und wo dürfe man es nicht. Vor diesem Hintergrund findet er es bemerkenswert, dass man die Schwachstellen nun erarbeite. Er sei in Bezug auf die Wirtschaft nicht so zuversichtlich. Man habe gelernt auch mit

wenig auszukommen, daher bedankt er sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er sei zuversichtlich, dass man eine gute Lösung für den Doppelhaushalt finden werde.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE findet, dass die Stadt einiges tue, um den Strukturwandel anzugehen, allein die Einrichtung eines Transformationsrates sei keine Selbstverständlichkeit. Alles werde man nicht lösen können. In der Debatte fehle ganz häufig die Historie, Biontech sei auch durch hohe Staatsgelder unterstützt worden. Mit ASPEN habe man einen Schritt gemacht, es benötige jedoch Investoren, damit sich auch die allgemeine Situation des Haushaltes verbessere. Neben dem Strukturwandel sei der Klimawandel ein großes Thema. Am 08.11.2021 habe die Offensive Ostwürttemberg getagt. Dort seien auch Förderprogramme, der Green New Deal angesprochen worden. Der Klimawandel werde den Haushalt belasten, daher erkundigt er sich, ob die Stadt sich mit Förderprogrammen auseinandergesetzt habe und ob es Bestrebungen gebe, Fördermittel zu beantragen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies laufend mache. Amt 11 sei daher sehr wichtig. Die spannende Frage sei jedoch, wie man aus dem Klimawandel ein Geschäftsmodell hinbekomme. Man müsse Klimawandel, Arbeitsplätze und Umwelt unter einen Hut bekomme. In Baden-Württemberg habe man ein großes Defizit an erneuerbaren Energien. Klimaschutz und Umweltschutz seien nicht immer kongruent. Nur über die Bereitstellung von Arbeitsplätzen sei die Akzeptanz des Klimaschutzes gewährleistet. Außerdem habe man das Problem in Baden-Württemberg, dass man als reiches Bundesland der EU in Bezug auf die Beihilfe unterliege. Man brauche politische Vorstöße des Wirtschaftsministeriums und Staatsministeriums direkt in Brüssel. Man benötige so schnell wie möglich eine Strukturpolitik des Landes. Zum Thema Zukunft der Innenstädte sei den Kommunen über den Städtetag versprochen worden, dass es nach den schwierigsten Zeiten von Corona einen sogenannten Marshall-Plan geben solle, man höre nun nichts mehr. Momentan sehe es eher so aus, dass die Kommunen mit den Problemen alleine gelassen werden. Dies sei momentan der Eindruck, der sich einem biete. Der stationäre Handel sei aus dem Gleichgewicht, dieser sei benachteiligt gegenüber dem Online-Handel. Dies mache sich durch Leerstände sichtbar, selbst an der Königstraße in Stuttgart. Dies werde entweder rasant weitergehen oder man finde Möglichkeiten, die Innenstädte zu revitalisieren, hierzu müsste auch der Online-Handel beitragen. Dies übersteige die kommunale Kompetenz, die Kommunen seien aber letztendlich davon betroffen.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bewertet die Situation positiv. Er regt an, dass sich der Haushaltsausschuss öfters, auch unterjährig treffe. Die CDU habe einen Sportstättenleitplan bereits beantragt. Ihn überrasche es, dass das Instrument jetzt erst eingeführt werde. Vor der Sommerpause seien Pläne zum Feuerwehrhaus gemacht habe, 12 Mio. Euro habe man als Investition eingestellt. Er fühle sich nicht genug eingebunden. Außerdem erkundigt er sich nach der Besetzung der Stellen für den Breitbandausbau.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man für die Koordinierung des Breitbandausbaus zum 01.01.2022 eine sehr gute Kraft bekommen werde.

Erster Bürgermeister bestätigt, dass es ein Antrag der CDU-Fraktion gewesen sei. Er habe dies auch immer namentlich erwähnt. Die Idee sei nicht neu, aber es sei ein Impuls gewesen. Das, was man nun machen wolle, gehe darüber hinaus. Die Gemeindehallen würden nicht nur für den Sport verwendet. Man mache es Stück für Stück. Dass man es in der Haushaltsberatung einbringe, sei angebracht. Bei der Feuerwehr sei in den letzten Wochen nichts in dem Maße passiert, dass man sich schon in der Umsetzungsphase befinde. Man kläre derzeit die Zuschüsse und Kostenkalkulationen. Danach gehe man in die nächste Phase und lasse es planen bis hin zum Baugesuch. Dieser Schritt werde mit den Fraktionen vorberaten. Man wolle es als atmendes Konzept und Verfahren machen.

Oberbürgermeister Arnold nimmt nochmals Bezug zur Transformation. Die Situation werde sich verändern, Baden-Württemberg sei ein reiches Land, mittlerweile würden die ersten aus Schwäbisch Gmünd nach Brandenburg ziehen, da es dort Firmen wie Tesla und andere gebe und die Lebenshaltungskosten günstiger seien. Man habe hier ein großes Know-How und die größten Automobilhersteller. Dennoch gleiche es die Kosten nicht aus, da erwartet werde, dass zugeschossen werde in die anderen Bundesländer. Dies sei aber nicht überall in Baden-Württemberg so, beispielsweise in Universitätsstädten sei die Transformationsproblematik kein Thema in diesem Umfang.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Bekanntgaben

zu 2.1 Corona

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass man den Weihnachtsmarkt coronagerecht durchführen werde. Er werde begleitet durch Corona-Impfungen und -Testungen. Man werde durch diese Zeit nur kommen, wenn die Tests kostenlos seien. Auch geimpfte Personen könnten den Virus weitergeben. Man werde zusätzlich ein großes Impfwochenende durchführen.

Erster Bürgermeister ergänzt, dass man das Impfzentrum in der Schwerzerhalle wieder eröffnet habe. Überraschend sei die starke Nachfrage nach Impfterminen. Von Montag auf Dienstag habe man alle Termine freigeschaltet und hatte bereits am Dienstagmorgen 1.000 Buchungen. Man biete nun über 4.000 Impftermine an und ziehe in die Großsporthalle um. Die Impfungen seien immer dienstags zwischen 14 und 20 Uhr. Man baue auf und ab, damit der Sportbetrieb nicht beeinträchtigt wer-

de. Parallel würden auch die Hausärzte impfen. Jeder könne kommen. Es würden auch viele aus der Umgebung und sogar anderen Landkreisen kommen. Das Impfen gehöre eigentlich nicht zu den Aufgaben einer Stadtverwaltung, eigentlich seien die Hausärzte oder Kliniken zuständig. Man helfe hier gerne aus, jedoch würde diese Aufgabe zusätzlich anfallen, sodass anderes zurückgestellt werden müsse.

zu 3 Anfragen

Protokoll:

Keine Anfragen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: